

Schortens plant Gewerbegebiet- Erweiterung: Anwohner wehren sich gegen Zerstörung

Der Stadtrat Schortens entscheidet am 29. August über die umstrittene Erweiterung des Gewerbegebiets Branterei um 10,8 Hektar.

Die Stadt Schortens plant eine signifikante Erweiterung des Gewerbegebiets Branterei, die in den nächsten Wochen entschieden werden könnte. Am Donnerstag, den 29. August, wird diese wichtige Frage im Stadtrat behandelt. Diese Entscheidung könnte nicht nur die wirtschaftliche Landschaft der Region verändern, sondern auch ernsthafte ökologische Bedenken aufwerfen. Die Anwohner und Umweltschützer haben deutliche Einwände gegen das Vorhaben erhoben, das eine Fläche von 10,8 Hektar umfasst.

Das Gewerbegebiet Branterei soll in Richtung der B210 ausgeweitet werden. Diese Erweiterung zielt darauf ab, eine „Nutzfläche“ von etwa 8 Hektar zu schaffen, nachdem Straßen und Regenhaltebecken abgezogen worden sind. Es könnte ein größerer Platz für die Ansiedlung neuer Unternehmen entstehen, wobei bereits rund 40 Firmen Interesse bekundet haben. Experten betonen, dass die Bereitstellung eigener Flächen für Unternehmen in der Region von Bedeutung ist, da alternative Standorte rar sind.

Bedenken der Anwohner und Naturschutzorganisationen

Bereits vor der Schaffung neuer Flächen gab es heftige

Widerstände von den Anwohnern, insbesondere von Einwohnern des Eschenwegs. Sie haben ihre Bedenken in einem offenen Brief an Bürgermeister Gerhard Böhling und die Ratsmitglieder geäußert. In diesem Brief fordern sie, die bebauungsrelevanten Planungen zu überdenken, um die wertvolle Natur nicht zu gefährden. Der Brief enthält Fragen zur Umweltverträglichkeit des Vorhabens, insbesondere in Bezug auf den Klimawandel und das Bundesnaturschutzgesetz. Auf diese Weise versucht die Gemeinschaft, ein Teil ihrer natürlichen Umgebung zu schützen.

Die pushenden Argumente aus der Nachbarschaft betonen die potenziellen Auswirkungen, die die Versiegelung von Böden und Eingriffe in Mooregebiete auf das Klima haben könnten. Die Anwohner kritisieren, dass der Naturraum unwiderruflich verloren gehen würde, und fordern ein Umdenken in Bezug auf Umwelt- und Klimaschutz. Ihr Engagement unterstreicht die Notwendigkeit, sorgfältig abzuwägen, wie Aufwärtstrends in der Wirtschaft mit dem Bedarf an nachhaltigem Lebensraum in Einklang gebracht werden können.

Die Haltung des Naturschutzbundes

Unterstützung für die Anwohner kommt vom Naturschutzbund (Nabu) Ostfriesland, der eine umfangreiche Liste von Einwänden eingereicht hat. Der Kreis Friesland hat ebenfalls eine kritische Stellungnahme zur geplanten Erweiterung abgegeben, während das Planungsbüro Diekmann & Mosebach (Rastede) die Umweltauswirkungen als erheblich einschätzt. Trotz dessen sieht die Kreisverwaltung in den Gegebenheiten der Region eine geeignete Möglichkeit zur Erweiterung.

In ihrer Stellungnahme stellt der Nabu fest, dass die vorgelegten Pläne nicht genügend Hinweise auf Fledermausquartiere beinhalten und die ökologischen Werte nur unzureichend gewürdigt werden. Das Planungsbüro, das die Bewertungen vorgenommen hat, kommt zu dem Ergebnis, dass der Verlust von Natur- und Landschaftsräumen, obwohl er zum Teil kompensiert werden soll, nicht zu unterschätzen ist. Zudem

sollen Maßnahmen zur Aufforstung der Flächen in Betracht gezogen werden, um den Verlust auszugleichen.

Im Hinblick auf die bevorstehende Ratssitzung sind Anwohner und Interessierte eingeladen, die Diskussion live im Bürgerhaus oder über einen Livestream auf der Website der Stadt Schortens zu verfolgen. Dort können sie Fragen stellen und ihren Standpunkt deutlich machen. Die Stadtratssitzung ist ein entscheidender Moment, denn sie wird darüber entscheiden, ob Schortens sich wirtschaftlich weiterentwickeln oder ob die Stimme der Gemeinschaft auf eine inklusive und umweltfreundliche Weise gehört werden kann.

Der bevorstehende Beschluss und seine Tragweite

Die Entscheidung des Stadtrates hat das Potenzial, die Zukunft von Schortens zu beeinflussen. Sie könnte nicht nur neue Arbeitsplätze schaffen, sondern auch die Debatte über nachhaltige Stadtentwicklung in den Vordergrund rücken. Schließlich hängt die Frage, wie weit wirtschaftliche Interessen vor Umweltaspekten gestellt werden, auch von den zukünftigen Entscheidungen der Kommunalpolitik ab. Das Bewusstsein für solche Themen wächst, und die Meinungen driften in verschiedene Richtungen. Die kommenden Tage werden entscheidend sein für die Richtung, die die Stadt einschlagen wird.

Die Debatte um die Erweiterung des Gewerbegebiets Branterei ist nicht nur lokal von Bedeutung, sondern fügt sich in ein größeres Bild von Wirtschafts- und Naturschutzinteressen, die in vielen Regionen Deutschlands aufeinandertreffen. Diese potentiellen Konflikte sind besonders in Zeiten zunehmenden Klimawandels und wachsender urbaner Verdichtung relevant.

Die Stadt Schortens hat in der Vergangenheit bereits ähnliche Entscheidungen getroffen, die in der Öffentlichkeit und unter Umweltschützern umstritten waren. Ein Beispiel dafür ist die

Erweiterung des Gewerbegebiets in der nahegelegenen Stadt Wilhelmshaven, wo ebenfalls Naturflächen für industrielle Nutzung geopfert wurden. Doch während es in Wilhelmshaven dezidierte Bürgerproteste gab, scheint die politische Verantwortung in Schortens weniger umstritten zu sein, was möglicherweise die öffentliche Zustimmung zur geplanten Expansion beeinflusst. Ein Vergleich dieser beiden Situationen zeigt, wie unterschiedlich das öffentliche Engagement und die politischen Reaktionen auf solche Eingriffe in die Umwelt sein können.

Einfluss der kommunalen Planung auf die lokale Wirtschaft

Ein zentraler Aspekt der Erweiterung des Gewerbegebiets Branterei ist die wirtschaftliche Entwicklung der Region. Die Stadt Schortens sieht in der Vergrößerung des Gewerbegebiets eine Möglichkeit, neue Arbeitsplätze zu schaffen und lokale Unternehmen zu unterstützen. Laut der Stadtverwaltung wird erwartet, dass die Ansiedlung neuer Unternehmen zu einer Stärkung der direkten und indirekten Wirtschaftskraft der Region führt.

Statistische Erhebungen und Berichte aus den letzten Jahren belegen, dass lokale Gewerbeflächen in Niedersachsen zunehmend nachgefragt werden. Ein Bericht des Niedersächsischen Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung stellt fest, dass der Bedarf an Gewerbeflächen in vielen Städten und Gemeinden ansteigt, was möglicherweise die Entscheidung der Stadt Schortens für die Erweiterung begünstigen kann.

Ökologische Bedenken und Naturschutzmaßnahmen

Trotz der wirtschaftlichen Argumentation der Stadt gibt es erhebliche ökologische Bedenken hinsichtlich des Verlusts von

Naturflächen. Kritiker finden sich nicht nur unter den Anwohnern, sondern auch in Organisationen wie dem Naturschutzbund (NABU), die vor den langfristigen Auswirkungen der Bebauung warnen.

Die geplante Nutzung der Flächen und die dargelegten Kompensationsmaßnahmen – wie das Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern sowie die Ausweisung von Ersatzflächen – werfen Fragen auf, ob diese Maßnahmen genug sind, um die negativen Folgen der Flächenversiegelung auszugleichen. Viele Naturschützer argumentieren, dass die Kompensation oft nicht mit dem Verlust der ursprünglichen Biodiversität Schritt halten kann und fordern daher strengere Regularien.

Einige Experten weisen darauf hin, dass die Aufrechterhaltung geschützter Gebiete und die Durchführung von Umweltverträglichkeitsprüfungen essenziell sind, um einen verantwortungsbewussten Umgang mit der Natur zu gewährleisten. In diesem Kontext ist auch das Bundesnaturschutzgesetz von Bedeutung, welches den rechtlichen Rahmen für den Schutz von Natur und Landschaft in Deutschland definiert.

Abschließend bleibt festzuhalten, dass die Diskussion über die Erweiterung des Gewerbegebiets Branterei in Schortens ein Beispiel für die vielschichtigen Herausforderungen ist, die zwischen Wirtschaftswachstum und Naturschutz bestehen. Die kommenden Entscheidungen des Stadtrates könnten weitreichende Folgen für die lokale Gemeinschaft und die Umwelt haben, weshalb sie mit Bedacht getroffen werden sollten.

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de